

Andrássy Gyula Deutschsprachige Universität Budapest  
Interdisziplinäre Doktorschule  
Leiterin: Prof. Dr. Ellen Bos

## Thesenblatt

zur Dissertation von

Daniela Neubacher

*Stop Nagymaros!* Die Geschichte einer Grenzüberschreitung

**Betreuerin:** Dr. habil. Ibolya Murber

### **Mitglieder der Disputationskommission**

Vorsitzende: Prof. Dr. Ellen Bos (Andrássy Universität Budapest)

Gutachterin: Dr. Andrea Brait (Universität Innsbruck)

Gutachter: Dr. habil. Helmut Fehr

Mitglied: Dr. habil. Marcell Mártonffy (Andrássy Universität Budapest)

Mitglied: Dr. Aron Buzogany (Universität für Bodenkultur Wien)

Ersatzmitglied: Prof. Dr. Dieter A. Binder (Andrássy Universität Budapest)

Ersatzmitglied: Dr. Robert Groß (Universität für Bodenkultur Wien/Universität Innsbruck)

Eingereicht: Juni 2021

## **Fragestellung und thematischer Fokus**

Das bilaterale Staustufensystem Gabčíkovo–Nagymaros (in der Folge als GNV abgekürzt), auf das sich tschechoslowakische und ungarische Verhandler im Jahr 1977 einigten, bildet einen vielschichtigen Rahmen zur Untersuchung grenzüberschreitender Proteste. Sowohl auf staatlicher als auch zivilgesellschaftlicher Ebene nahm Österreich eine Sonderrolle im Fall GNV ein. Das Mega-Bauprojekt erlangte spätestens durch die Involvierung österreichischer Investoren Mitte der 1980er Jahre Aufmerksamkeit im „Westen“. Die möglichen ökologischen Folgen des Projekts gaben den Anlass für die Gründung der sogenannten Donaubewegung, deren AnhängerInnen nicht nur aus Ungarn, sondern u.a. auch in Österreich kamen. Die spätere Aufkündigung des bilateralen Vertrages mit der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik (*Československá socialistická republika – ČSSR*)<sup>1</sup> seitens Ungarns sowie die jahrelangen Auseinandersetzungen der einstigen Bruderstaaten erhöhen zusätzlich die Brisanz des Falls GNV.<sup>2</sup>

Im Zentrum der Auseinandersetzung steht die Donaubewegung, die sich Anfang der 1980er Jahre um eine Handvoll Intellektueller in Budapest formierte. Zahlreiche oppositionelle und zivilgesellschaftliche Gruppen, darunter auch zahlreiche UmweltschützerInnen aus Österreich, versammelten sich unter Federführung der aktivistischen Gruppe Duna Kör im Protest gegen das Staudammprojekt. So entstand in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre eine Soziale Bewegung, die zum Kristallisationspunkt für SystemkritikerInnen wurde. Der Druck der Straße, dem sich auch kommunistische ReformierInnen angeschlossen hatten, löste nicht nur eine öffentliche Debatte über die Kosten und ökologischen Folgen des Projekts aus, sondern verhärtete auch innerhalb der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei die Fronten zwischen AnhängerInnen der alten Ordnung und Reformkräften.

Die vorliegende Dissertation verfolgt das Ziel, die zentralen AkteurInnen der Grenzüberschreitung zu identifizieren und ihre Netzwerke nachzuzeichnen. Eingebettet in die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Kontexte stehen die Gelegenheitsstrukturen der AktivistInnen im Fokus der Arbeit. Im Detail wird der Fragestellung nachgegangen, wie die Grenzüberschreitung von staatlichen und zivilgesellschaftlichen AkteurInnen erfolgte, welche Interessen diese verfolgten, welche Praktiken des Protests zur Anwendung kamen und welche Deutungsrahmen von ihnen genutzt wurden. Welche Rolle nahm die hydrologische Nutzung der Donau in den beteiligten Ländern ein? Wie wirkten sich die

---

<sup>1</sup> Nach der Wende 1989 wurde die Tschechoslowakische Sozialistische Republik in Tschechoslowakische Republik umbenannt. Im März 1990 erhielt sie den Zusatz „föderativ“ (*Československá federativní republika*) und hieß ab April desselben Jahres *Česká a slovenská federativní republika (ČSFR)*. Aus der Föderation entstanden am 1. Januar 1993 schließlich die beiden selbstständigen Staaten, die Tschechische Republik und die Slowakische Republik.

<sup>2</sup> 1989 stieg Ungarn schließlich aus dem bilateralen Vertrag aus. Ungarns Nachbar und Vertragspartner entschied sich folglich für die Umsetzung einer Kraftwerksvariante auf slowakischem Territorium. Das Laufkraftwerk Gabčíkovo ging 1992 in Betrieb. Die einseitige Aufkündigung des Vertrages sowie die aus ungarischer Sicht gesetzeswidrige Umsetzung der „Variante C“ führten zu einem jahrelangen Rechtsstreit der beiden Nachbarländer.

unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Kontexte in den jeweiligen Ländern auf die Transnationalisierung der Proteste aus? Welche Wechselwirkungen zwischen den Ebenen Zivilgesellschaft, Staat und Wirtschaft beeinflussten den Protestverlauf? Die Betrachtung dieser Kontexte soll unter anderem Aufschluss darüber geben, ob die Grenzüberschreitung der AktivistInnen der Tatsache geschuldet war, dass die Planung und Finanzierung des GNV-Projekts bilaterale Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Staaten erforderte und damit auch die Türen für zivilgesellschaftliche Kooperation öffnete. Warum war es ausgerechnet AktivistInnen der Umweltbewegung möglich, den Eisernen Vorhang<sup>3</sup> für ihre Anliegen zu überwinden? Bildeten die Liberalisierungsschritte János Kádárs den Auslöser für die Proteste? Und welche Faktoren haben die Kooperation generell behindert bzw. gefördert?

Basierend auf Oral-History-Interviews, Archivmaterial aus privaten wie öffentlichen Beständen sowie auf medialen Quellen werden das Protestgeschehen und seine Kontexte rekonstruiert. Die systematische Auseinandersetzung zeichnet hierbei nicht nur Transfer- und Diffusionsprozesse hinsichtlich der Professionalisierung und Verwendung gemeinsamer wie unterschiedlicher Deutungsmuster nach, sondern offenbart ebenso Faktoren interner wie externer Aushandlungsprozesse. Mit ihrem thematischen und geografischen Fokus bewegt sich die Arbeit entlang der Schnittstelle zwischen der Protest- und Bewegungsforschung sowie der Umwelt- und Verflechtungsgeschichte. Mittels disziplinübergreifender Perspektive wird versucht, sich der vielschichtigen Protestgeschichte anzunähern.

## **Bisheriger Forschungsstand**

Umfassende Forschungen zur Grenzüberschreitung Sozialer Bewegungen erfolgten beispielsweise zu den Anti-Atom-Bewegungen in Deutschland und Frankreich in den 1970er und 1980er Jahren. So trug etwa der britische Andrew Tompkins Pionierarbeit zur Erforschung von Verflechtungen auf der zivilgesellschaftlichen und diskursiven Ebene bei und leistete wichtige Vorarbeiten zu Fragen der Europäisierung durch zivilgesellschaftliche Aktivitäten.<sup>4</sup> Für Ostmitteleuropa, insbesondere für die

---

<sup>3</sup> Die in den Nachkriegsjahren beginnende und bis zum Zerfall der Sowjetunion andauernde Teilung Europas in „Ost“ und „West“ wurde von Winston Churchill 1946 als „Iron Curtain“ bezeichnet. Die Zweiteilung wurde durch die Gründung der Militärallianz der North Atlantic Treaty Organization (NATO) und die darauffolgende Bildung des Warschauer Paktes institutionalisiert. Vor allem für die Bevölkerung Osteuropas hatte dies weitreichende Einschränkungen in der Mobilität (in den Westen) zur Folge, welche durch Propagandamaßnahmen legitimiert wurden. Vgl. u.a. Astrid Mignon *Kirchhof*, John R. *McNeill*, Introduction: Environmentalism, Environmental Policy, Capitalism, and Communism, In: *Nature and the Iron Curtain: Environmental Policy and Social Movements in Communist and Capitalist Countries, 1945-1990*, Astrid Mignon *Kirchhof*, John *McNeill* (Hg.) (Pittsburgh 2019) 3–14.

In der vorliegenden Arbeit werden unter dem Begriff „Eiserner Vorhang“ nicht nur die realen Grenzbefestigungen verstanden, sondern auch die Politik der Abgrenzung zwischen östlichen und westlichen Staaten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

<sup>4</sup> Andrew S. *Tompkins*, *Better Active than Radioactive! Anti-nuclear protest in 1970s France and West Germany, Better Active than Radioactive!* (Oxford 2016), doi:10.1093/acprof:oso/9780198779056.001.0001.

durch den Eisernen Vorhang getrennten östlichen Nachbarländer Österreichs, mangelt es nach wie vor an vergleichbaren Arbeiten zu transnationalen Kommunikations- und Protesträumen. Die Auseinandersetzung mit Protestbewegungen findet oftmals nur in Unterkapiteln umwelthistorischer oder politikgeschichtlicher Arbeiten Erwähnung. Zunehmende Aufmerksamkeit erhalten jedoch Fragen des zivilgesellschaftlichen Umweltengagements in Studien, die sich mit den Umweltschäden unter kommunistischer Führung oder der Herausbildung grüner Parteien im Zuge der Transformation beschäftigen.<sup>5</sup> Zu wichtigen (englischsprachigen) Grundlagenwerken zählen jene von Anna Vári und Pál Tamás<sup>6</sup>, Barbara Jancar Webster<sup>7</sup>, Margaret E. Keck und Kathryn Sikkink.<sup>8</sup> Oftmals bleiben Forschungen zu Umweltprotesten auf Länderstudien konzentriert, so etwa Adam Fagans Analyse der Umweltpolitik und Demokratisierung in Tschechien<sup>9</sup> oder Edward K. Snajdrs Arbeit zu Umweltprotesten in der Slowakei.<sup>10</sup> Nur wenige wagen sich an komparative Perspektiven heran. Hervorzuheben sei hier Arnošt Štanzels umfassender umwelthistorischer Vergleich der tschechoslowakischen und rumänischen Wasserwirtschaft, in dem auch der Fall GNV behandelt wird.<sup>11</sup> Mit Umweltprotest in Ungarn beschäftigten sich u.a. Viktória Szirmai und György Enyedi sowie Szabina Kerényi und Maté Szabó.<sup>12</sup> Letztere nehmen in ihrer Studie auch auf grenzüberschreitende Tendenzen Bezug, wobei sie den Grenzüberschreitungen vor 1989 wenig Beachtung schenken. Für die vorliegende Forschungsarbeit bieten die Recherchen von Hubertus Knabe zu Umweltkonflikten im sozialistischen Ungarn und der DDR eine zentrale Ausgangsbasis.<sup>13</sup> Als Juristin am Regional Environment Centre for Central and Eastern Europe – REC setzt sich Judit Galambos in ihrer Studie nicht nur mit den völkerrechtlichen und vertragsrechtlichen Aspekten des Konfliktfalls auseinander, sondern weist auch auf grenzübergreifenden Wissenstransfer seitens der AktivistInnen, IngenieurInnen und PlanerInnen hin.<sup>14</sup> Sie identifiziert dabei nicht nur Ähnlichkeiten in der Anordnung der KontrahentInnen in den drei betroffenen Ländern, sondern zeigt auch Transnationalisierungstendenzen auf. Als Grundlage für die vorliegende Dissertation dient darüber hinaus John Fitzmaurices Studie

---

<sup>5</sup> Vgl. u.a.: Giorgio Grimaldi, Will Europe Ever Become „Green“? The Green Parties’ Pro-European and Federalist Turning Point since the 1990s, In: *The Environment and the European Public Sphere: Perceptions, Actors, Policies*, Christian Wenkel, Eric Bussière, Anahita Grisoni, Hélène Miard-Delacroix (Hg.) (Armonk, London 2020) 184.

<sup>6</sup> Richard N. L. Andrews, Environmental Policy in the Czech and Slovak Republic, In: *Environment and Democratic Transition*, Anna Vári, Pal Tamas (Hg.) (Dordrecht 1993) 5–48, doi:10.1007/978-94-015-8120-2.

<sup>7</sup> Barbara Jancar-Webster, Environmental Action in Eastern Europe: Responses to Crisis, *Environmental Action in Eastern Europe: Responses to Crisis* (Armonk, London 1993), doi:10.4324/9781315486932.

<sup>8</sup> Vgl. Margaret E. Keck, Kathryn Sikkink, *Activists beyond Borders: Advocacy Networks in International Politics* (New York 1998).

<sup>9</sup> Adam Fagan, Environment and Democracy in the Czech Republic, *The Environmental Movement in the Transition Process*, 2004 195, doi:10.4337/9781845420604.00001.

<sup>10</sup> Vgl. Edward K. Snajdr, *Nature Protests: The end of Ecology in Slovakia* (Washington 2008).

<sup>11</sup> Arnošt Štanzel, *Wasserträume Und Wasserräume Im Staatssozialismus, Wasserträume Und Wasserräume Im Staatssozialismus*, 2017, doi:10.13109/9783666301841.

<sup>12</sup> Vgl. Szabina Kerényi, Maté Szabó, Transnational influences on patterns of mobilisation within environmental movements in Hungary, *Environmental Politics* 15, Nr. 5 (2006) 803–820.

<sup>13</sup> Vgl. Hubertus Knabe, *Umweltkonflikte im Sozialismus: Möglichkeiten und Grenzen gesellschaftlicher Problemartikulation in sozialistischen Systemen* (Köln 1993) 178.

<sup>14</sup> Judit Galambos, An International Environmental Conflict on the Danube: The Gabčíkovo-Nagymaros Dams, In: *Environment and Democratic Transition*, Anna Vári, Pal Tamas (Hg.) (Dordrecht 1993) 176–226, doi:10.1007/978-94-015-8120-2.

„Damming the Danube“<sup>15</sup>, welche in Ergänzung mit mehreren Abschlussarbeiten Anknüpfungspunkte für die vorliegende Auseinandersetzung bieten.<sup>16</sup> Diese Vorleistungen werden nun von den geführten Oral-History-Interviews sowie der strukturierten Aufarbeitung von Primärquellen und Protestkontexten ergänzt, wodurch ein Beitrag zum besseren Verständnis der Donaubewegung geleistet werden soll.

## Quellen und Methoden

Die vorliegende Forschungsarbeit nähert sich den oben ausgeführten Forschungsfragen mittels einer interdisziplinären Herangehensweise, die kulturhistorische Ansätze mit soziologischen Konzepten beispielsweise aus der Protestforschung und Raumsoziologie verknüpft. Die Erforschung einer grenzüberschreitenden Umweltbewegung zeigt dabei nicht nur den „Zusammenhang von Ideen, Kultur, Institutionen und Strukturen“<sup>17</sup> auf, sondern verdeutlicht ebenso bestehende Schnittstellen mit Diplomatie-, Umwelt- und Verflechtungsgeschichte. Zur Beantwortung der Forschungsfragen ist es notwendig, die Grenzüberschreitungen unterschiedlichster AkteurInnen, darunter GegnerInnen wie BefürworterInnen des Kraftwerksprojekts, sowie die jeweiligen Interessen hinter dem Projekt nachzuzeichnen. Untersucht werden zwei Ebenen, darunter die staatliche und die Ebene der zivilgesellschaftlichen AkteurInnen. Die Wechselwirkungen zwischen diesen Ebenen geben der Geschichte ihre Eigendynamik. Die gewählte Herangehensweise ermöglicht es, zivilgesellschaftliche Entwicklungen im Zuge gesellschaftlichen Wandels zu untersuchen, Prozesse und zentrale Akteure der Transnationalisierung zu identifizieren sowie Verflechtungen, aber auch den Zerfall von Netzwerken über nationalstaatliche Grenzen hinaus nachzuzeichnen.

Den Quellenkorpus bilden einerseits Archivalien, die das staatliche Handeln nachvollziehbar machen. Hierzu zählen vor allem Dokumente zu den bilateralen Verhandlungen der betroffenen Länder, die im Ungarischen Nationalarchiv, im österreichischen Staatsarchiv (hier vor allem Archivalien aus dem Handels- und Energieministerium) sowie im Historischen Archiv der ungarischen Geheimpolizei (ÁBTL) gesichtet wurden. Die Rekonstruktion zivilgesellschaftlichen Handelns ermöglichte vor allem die Inhaltsanalyse von Medienberichten und Sichtung von Protestmaterialien (Flyer, Protokolle, Mitgliederlisten, Plakate). Gespräche mit 16 ZeitzeugInnen, die auf Basis von Ansätzen aus der Oral History geführt wurden, ergänzen den Quellenkorpus. Einzelne AktivistInnen ermöglichten zudem Einsicht in ihre Privatbestände, welche vor allem Protestmaterialien, Medienberichte und Protokolle

---

<sup>15</sup> Vgl. John *Fitzmaurice*, *Damming the Danube. Gabčíkovo and Post-Communist Politics in Europe* (Oxford 1998).

<sup>16</sup> Richard von *Fuchs*, *Comparing Environmental Protest Movements in Democratic and Non-Democratic Countries: The Gabčíkovo Nagymaros Dam System and the Hainburg Dam* (Universität Wien 1995); John *Fitzmaurice*, *Damming the Danube. Gabčíkovo and Post-Communist Politics in Europe* (Oxford 1998); Hubertus *Knabe*, *Umweltkonflikte Im Sozialismus: Möglichkeiten Und Grenzen Gesellschaftlicher Problemartikulation in Sozialistischen Systemen* (Köln 1993); zum Duna Kör und seinen Beziehungen zur DDR siehe: Niklas *Wittmann*, *From Red to Green? The Relationship between Democratic Opposition and Environmentalism in the Hungarian People ' s Republic and the GDR* (Central European University 2018). Vgl. Viktor *Vida*, *A Duna Kör. A Duna Kör története a résztvevők emlékeiben* (Eötvös Loránd Tudományegyetem 2006).

<sup>17</sup> *Lehmkuhl*, *Diplomatiegeschichte als internationale Kulturgeschichte: Theoretische Ansätze und empirische Forschung zwischen Historischer Kulturwissenschaft und Soziologischem Institutionalismus*, 414.

umfassen. Auch digitalisierte Archivalien und Fotos von elektronischen Datenbanken wurden für die Analyse herangezogen.

### **Gliederung der Arbeit**

Die Dissertation umfasst mehrere Abschnitte, die für die Rekonstruktion der Protestgeschichte von zentraler Bedeutung sind: angefangen von der Vorgeschichte des Projektes GNV, die bis in die 1950er Jahre zurückreicht, über die Formierung von kritischen Gruppierungen Anfang der 1980er Jahre, bis hin zur Formierung der Donaubewegung und ihre Transnationalisierung in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre. Im Fokus der Arbeit steht Ungarn in den 1980er Jahren, wobei sowohl die Anfänge der Kritik als auch die Verlagerung des Protestgeschehens stromaufwärts nach Gabčíkovo bis zur Inbetriebnahme der slowakischen Staustufe im Jahr 1992 ebenso Eingang in die Betrachtung finden. In insgesamt neun Kapiteln werden die Entwicklung des GNV-Falls und die Proteste gegen die Staustufe rekonstruiert, angefangen mit einer eingehenden Beschäftigung mit dem Forschungsstand, der Darstellung der genutzten Quellen sowie der methodischen Herangehensweise. In einem weiteren Schritt stehen zentrale Begriffe und Konzepte im Mittelpunkt. Dabei ist es der Verfasserin ein Anliegen, die lokalen Ereignisse in der Region mit den gesellschaftlichen Veränderungen jener Zeit, insbesondere mit Prozessen der Ökologisierung und Europäisierung, in Bezug zu setzen. Die Geschichte des Staustufenprojekts wird in der Folge von einer Erörterung der hydrologischen Nutzung der Donau ergänzt. Denn mit ihrem Potential der energiewirtschaftlichen Nutzung bildet die Donau das verbindende Element dieser Staaten und somit auch den roten Faden der Dissertation. Ihr Einfluss wird insbesondere anhand der dargestellten Nachbarschaftsbeziehungen zwischen Österreich, Ungarn und der Tschechoslowakei deutlich. Ausgehend von Umweltprotesten in Österreich werden zentrale Protestereignisse und Etappen der Umweltpolitiken der einzelnen Länder vorgestellt. Im nächsten Schritt nähert sich die Arbeit der Formierung der Proteste über die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Kontexte an. Vor diesem Hintergrund beschäftigt sich der folgende Abschnitt mit der Entstehung und dem Verlauf der Donaubewegung, wobei die lokalen Entwicklungen in Ungarn im Fokus stehen. Dieses Wissen ist notwendig, um sich im nächsten Schritt uneingeschränkt auf den Aspekt der Transnationalisierung konzentrieren zu können. Nach einer chronologischen Übersicht der Formierungsprozesse stehen die persönlichen Netzwerke und Perzeptionen der AktivistInnen im Fokus. Ihre Motive, Eindrücke und Kontakte bieten eine essentielle Ergänzung zum lückenhaften Quellenstand über zivilgesellschaftlichen Aktivitäten. Die Stärken und Schwächen jener Netzwerke werden darüber hinaus in der Analyse von gemeinsamen Deutungsrahmen und Praktiken sichtbar. Zur Abrundung erfolgt eine Einordnung der Bewegungsgeschichte in verschiedene Phasen der Transnationalisierung. Den Abschluss bildet die Zusammenfassung der wichtigsten Forschungserkenntnisse, welche durch einen kurzen Ausblick auf Forschungsdesiderata abgerundet werden.

## **Thesen der Dissertation**

Die Dissertation nähert sich dem Phänomen der Grenzüberschreitung anhand einer staatlichen und zivilgesellschaftlichen Ebene an. Der Untersuchung des Falls GNV verdeutlicht einerseits die Komplexität jener Prozesse, andererseits ermöglicht sie auch Einblicke in ein faszinierendes Zusammenspiel zivilgesellschaftlicher, wirtschaftlicher und politischer AkteurInnen auf, die trotz der Barrieren des Eisernen Vorhanges eng miteinander verbunden waren. Die Aufarbeitung der Protestkontexte in den beteiligten Ländern des Donauraums ermöglichte den Einblick in die individuellen Gelegenheitsstrukturen und Motive der AkteurInnen. Auf staatlicher Ebene bildete die hydrologische Nutzung der Donau ein gemeinsames Interesse und somit ein Motiv zur grenzüberschreitenden Kooperation über Systemgrenzen hinaus. Sie bot allerdings auch Anlass zu langjährigen Konflikten mit dem jeweiligen Nachbarland. Letztlich zeigt sich am Fall GNV jedoch ein gemeinsam erkannter Imperativ zum bilateralen Dialog über die geteilten Ressourcen.

Eine zentrale Forschungsfrage richtete sich nach den politischen und gesellschaftlichen Kontexten als Wirkungsfaktoren der Transnationalisierung. Hier konnte gezeigt werden, dass sich die Liberalisierungsschritte in der Spätphase der Ära János Kádárs, wie etwa Lockerungen im Grenzregime, aber auch das klare Interesse an grenzübergreifenden wirtschaftlichen Beziehungen, förderlich auf die Beziehungen zum Nachbarland Österreich auswirkten. Gerade im Hinblick auf die Liquiditätsprobleme Ungarns, die in den frühen 1980er Jahren einen Höhepunkt erlebten, erhöhte sich der Druck nach Reformen und Öffnungsschritten. Gleichzeitig nahm das Vertrauen in die Reformkraft der politischen Elite bzw. der kommunistischen Partei ab. Das Netzwerk dissidentischer und systemkritischer AkteurInnen breitete sich aus und fand u.a. in Wien einen Umschlagplatz für Samisdat-Medien. Die Analyse der Donaubewegung veranschaulicht, wie das politische und wirtschaftliche Naheverhältnis der beiden Länder den Eisernen Vorhang auch für AktivistInnen durchlässig machte. Österreichische UmweltschützerInnen nahmen im Fall GNV eine aktive Rolle als MitkämpferInnen ein. Neben Materialien, Know-how und Spenden fanden auch zahlreiche DemonstrantInnen ihren Weg über die Grenze. Die ÖsterreicherInnen agierten auch als VermittlerInnen zu UmweltschützerInnen in Bratislava, wodurch sie eine Brückenfunktion auf zivilgesellschaftlicher Ebene einnahmen. Damit zeigt sich die oft zitierte Sonderrolle der österreichisch-ungarischen Beziehungen nicht nur auf außen- und wirtschaftspolitischer, sondern ebenso auch zivilgesellschaftlicher Ebene.

Die Liberalisierungsschritte János Kádárs können nicht als Auslöser für die Proteste der Donaubewegung betrachtet werden. Zweifellos bildeten sie aber förderliche Gelegenheitsstrukturen für die Bildung zivilgesellschaftlicher Zirkel. Den KraftwerksgegnerInnen gelang es, mit ihrer Kritik die generelle Enttäuschung über Fehlinvestitionen und Misswirtschaft innerhalb der Gesellschaft zu bündeln. Auch wenn Tendenzen der Ökologisierung nur langsam Eingang in die öffentliche Diskussion fanden, waren die Sorgen vor Umweltschäden in der Bevölkerung gegenwärtig. Die globalen

Entwicklungen der Ökologiebewegung, erste Erfahrungen in lokalen Umweltkonflikten sowie gesellschaftliche Veränderungen hinsichtlich steigender Selbstorganisation und der Wunsch nach Partizipation trugen schließlich dazu bei, dass sich auch in Ungarn die Austragungsmechanismen in den 1980er Jahren änderten. Die Stimmen der KritikerInnen verließen die zunehmend die Ebenen der Fachgremien und ExpertInnen, um sich breiteres Gehör in der Bevölkerung zu verschaffen.

Umweltfragen boten aufgrund ihrer scheinbar unpolitischen Natur eine ideale Gelegenheit, um die hierfür benötigte Informationstransparenz und öffentliche Debatte zu fordern. Die Interviews mit AktivistInnen zeigten, dass die politische Brisanz jener Forderungen nicht von Anfang an klar und intendiert war und es im Verlauf der Proteste auch innerhalb der Bewegung Auseinandersetzungen über das politische Selbstverständnis gab. Klar ist, dass die Umweltthematik im Hinblick auf das Staustufensystem an sich Potential zur Transnationalisierung in sich trug. Mit dem Protesterfolg österreichischer AktivistInnen gegen die Staustufe bei Hainburg erhofften sich ungarische UmweltschützerInnen Rückenwind für den Protest im eigenen Land.<sup>18</sup> Bisherige Erfolge, das gestärkte internationale Netzwerk und die zunehmende politische Repräsentation durch die Grüne Partei verhalfen den österreichischen UmweltschützerInnen zu einem ausgeprägten Selbstbewusstsein, das in manchen Fällen auch einem ökologischen Sendungsbewusstsein gleichkam.

Durch genauere Betrachtung der Formierungsprozesse konnte aufgezeigt werden, dass im Fall der Donaubewegung vier zentrale Phasen der Transnationalisierung stattgefunden haben: In Phase 1 gelang es einzelnen KritikerInnen, einen lokalen Zirkel in Budapest zu gründen, gemeinsame Kritik an GNV zu formulieren und somit den Grundstein für weitere Aktionen zu legen. In Phase 2 knüpften die AktivistInnen erste Allianzen mit österreichischen UmweltschützerInnen. Den zentralen Ansporn zur grenzübergreifenden Mobilisierung bildete aus Sicht der ÖsterreicherInnen zweifellos die sich ab 1985 abzeichnende Beteiligung heimischer Banken und Unternehmen an GNV. Innerhalb von wenigen Jahren entwickelte die Bewegung eine enorme Mobilisierungskraft, welche sich in Phase 3 durch öffentliche Protestaktionen bis hin zu Massendemonstrationen äußerte. In Phase 4 verlagerte sich die Aufmerksamkeit durch den Baustopp in Nagymaros ins Nachbarland. Anhand dieser Strukturierung des Protestgeschehens konnte die vorliegende Arbeit im Kontrast zu bisherigen Studien darlegen, wie bereits in Ungarns zivilgesellschaftlichen Ära der „gewaltlosen Illegalität“<sup>19</sup> AktivistInnen internationale Netzwerke knüpften und den Protestverlauf damit wesentlich beeinflussten.

---

<sup>18</sup> Aufgrund der parallel stattfindenden Anti-Atomproteste bildete für die österreichische Umweltbewegung GNV jedoch nur ein Schauplatz von vielen. Dies könnte auch erklären, warum der Protest gegen das Staustufenprojekt keine Verankerung im kollektiven Gedächtnis der ÖsterreicherInnen erfuhr.

<sup>19</sup> Vgl. *Kerényi, Szabó*, Transnational influences on patterns of mobilisation within environmental movements in Hungary, 806.

Die Arbeit konnte aufzeigen, wie bestehende Kontaktnetzwerke, die eigene Mobilität sowie familiäre Prägungen die Bildung und Professionalisierung dieser Netzwerke begünstigten und geteilte Ideen und Identifikationsbilder der Ökologisierung und Partizipation bei Mega-Bauprojekten die Transnationalisierung der Bewegung förderten. Auf Basis von Interviews, Medienberichten und Archivmaterial wurde gezeigt, mit welchen Aktionen und Strategien die Massenmobilisierung in Ungarn gegen GNV mit der Transnationalisierung der Proteste einherging. Ausgehend von ungarischen AktivistInnen und ihren Kontakten zu österreichischen UmweltaktivistInnen, JournalistInnen sowie politischen AkteurInnen zeigte sich ein Netzwerk, das die gegensätzlichen öffentlichen Sphären mitteleuropäischer Nationalstaaten über den Eisernen Vorhang hinaus durchdringen konnte. Durch professionelle Medienarbeit und zielgruppengerechte Botschaften gelang es den UmweltschützerInnen, eine gemeinsame Öffentlichkeit über die Grenzen des Nationalstaats zu schaffen. Presse- und Delegationsreisen ins Nachbarland wurden dazu genutzt, persönliche Beziehungen mit MultiplikatorInnen und UnterstützerInnen aufzubauen. Sogenannte „Bildungsfahrten“ dienten dazu, DemonstrantInnen nach Ungarn zu transportieren und bei Zwischenstopps am Baugelände auf die unmittelbaren Schäden aufmerksam zu machen. Die Aufklärungsarbeit der AktivistInnen, unter denen viele wissenschaftliche Expertise vorzuweisen hatten, war davon geprägt, den geführten Fachdiskurs für MedienvertreterInnen und interessierte Laien zu öffnen. Während durch die gemeinsamen Feindbilder und die geteilte Überzeugung des Unrechts nationalistische Rahmendeutung überwunden werden konnten, erschwerten historische und ethnische Konfliktlinien bzw. auch die Unwissenheit darüber die grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Sämtliche Widersprüche wurden von dem gemeinsamen Ziel, der Verhinderung des Staustufenprojektes, überdeckt und bedurften keiner intensiveren Aushandlung unter den AktivistInnen. So blieb in der heißen Phase der Proteste wenig Zeit, um sich mit Konfliktthemen und gemeinsamen Zukunftsvisionen auseinanderzusetzen.

Im Vergleich zu ihrem ungarischen Pendant waren die Gelegenheitsstrukturen von UmweltschützerInnen in der ČSSR limitiert. Reformbewegungen konnten nach dem Prager Frühling 1968 im kommunistischen Regime in der Tschechoslowakei schwer Fuß fassen. Die vor allem auf Bratislava fokussierten UmweltschützerInnen sahen bis ins späte Jahr 1989 keine Möglichkeit für Formen des öffentlichen Protests gegen GNV. Zu klein schien die eigene Basis zur Mobilisierung, zu groß waren die Ängste vor Repressionen. Die Argumente gegen GNV wurden unter der Oberfläche und in Grauzonen halböffentlicher Diskurse vorbereitet. So konnte sich kurz nach der ersten Demonstration im Dezember 1989 die schlagkräftige Bürgerinitiative „Eurochain“ als Kristallisationspunkt der KraftwerksgegnerInnen bilden. Gespräche mit slowakischen AktivistInnen konnten hierbei aufzeigen, wie nationalistische Rahmendeutungen sowohl zur Mobilisierung gegen GNV als auch zur Stigmatisierung von AktivistInnen seitens der BefürworterInnen genutzt wurden.

Ohne Zweifel ist „Stop Nagymaros!“ ein Kapitel gelungener wie auch gescheiterter Kooperation entlang der Donau. Im Donaauraum zwischen Wien und Budapest fanden in den 1980er Jahren Prozesse der Globalisierung, Ökologisierung und Transnationalisierung lokale Spielräume und AkteurInnen, die die Spätphase des Kalten Krieges aus einer lokalen Perspektive mitgestalteten. Mit dem geteilten Strom als konstituierendes Element bildeten die an GNV beteiligten Länder einen geteilten und doch umkämpften Raum, der zum Verhandlungsort unterschiedlicher Interessen erklärt wurde. Durch die Einbettung einzelner Protestereignisse in soziale, wirtschaftliche und politische Kontexte trägt die vorliegende Arbeit dazu bei, die zivilgesellschaftlichen Dynamiken am Vorabend der ungarischen Transformation besser zu verstehen. Den roten Faden dieser Geschichte bildet die Grenzüberschreitung – sei es jene der Technik, mit der die KraftwerksplanerInnen der Natur Einhalt gebieten wollten, oder jene der ideologischen Barrieren, die durch die Kooperation unterschiedlicher AkteurInnen überwunden wurde. Durch ihre Partizipation an Protestaktionen in Ungarn wagten österreichische AktivistInnen der Donaubewegung die physische Grenzüberschreitung im geteilten Europa. Ungarische AktivistInnen testeten ihre persönlichen Grenzen durch zivilen Ungehorsam und Kritik am „System“ aus. Durch den gemeinsam koordinierten Protest überwindeten AktivistInnen beider Länder sprachliche und kulturelle Hürden. So finden die ProtagonistInnen dieser Dissertation Eingang in die Protestgeschichte Mitteleuropas, zu der diese Arbeit einen Beitrag leisten möchte.